

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Carmela Negrete
05.02.2021

Mit aller Härte gegen Linke

Spanien: Rapper Hasél muss ins Gefängnis. Faschistische Propaganda kein Straftatbestand



imago images/Pacific Press Agency

Demonstration in Solidarität mit dem Rapper Pablo Hasél in Lleida, der voraussichtlich am Sonntag seine Haftstrafe antreten wird

In den kommenden Tagen wird der katalanische Rapper Pablo Hasél seine Haftstrafe von zunächst neun Monaten antreten müssen. Hasél wurde bereits mehrfach wegen verschiedener Delikte verurteilt, darunter Beleidigung und Verleumdung des spanischen Königshauses sowie der staatlichen Sicherheitskräfte und Rechtfertigung des Terrorismus. So hatte das Sondergericht Audiencia Nacional 2014 befunden, der Rapper habe in seinen Liedern die Untergrundorganisationen ETA, GRAPO und Terra Lluire sowie auch Al-Qaida verherrlicht. Vor zwei Jahren wurde er zudem wegen »Beleidigung der Krone« schuldig gesprochen. Insgesamt könnte Hasél für bis zu 20 Jahre hinter Gitter müssen, da noch weitere Verfahren gegen ihn laufen.

Am Sonnabend forderten rund 700 Menschen in Barcelona Amnestie für den Rapper, auch in Lleida und Girona wurden Solidaritätskundgebungen durchgeführt. Viele Demonstranten trugen dabei die Fahne Kataloniens, womit sie ihrer Forderung nach einer Republik Ausdruck verliehen. Die Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, erklärte via Twitter: »Rappen ist kein Verbrechen.«

Hasél ist nicht der einzige Künstler, der in Spanien wegen derartiger Delikte verurteilt wurde. Auch der mallorquinische Rapper Valtònyc war 2018 schuldig gesprochen worden, setzte sich jedoch kurz vor dem Antritt seiner Haftstrafe nach Belgien ab. Bislang wird er dort geduldet, eine Auslieferung ist jedoch noch immer nicht vom Tisch. Für Hasél kam der Gang ins Exil hingegen nicht in Frage. Die Tageszeitung *Público* zitierte den Rapper am Freitag mit den Worten: »Ich bleibe, da das die einzige Möglichkeit ist, jener Botschaft eine Stimme zu geben, die sie wegsperren wollen.«

Vizeregierungschef Pablo Iglesias vom Linksbündnis Unidas Podemos (UP) erklärte am Donnerstag gegenüber der Nachrichtenagentur *Europa Press*, er halte die Verurteilung von Hasél für falsch, da sie »den Eindruck erweckt, dass das Gesetz nicht für alle gleich gilt«. Grundlage für die harten Strafen gegen Hasél ist ein 2015 von der damaligen rechtskonservativen Regierung eingeführtes Gesetz. Obwohl die Koalition aus sozialdemokratischem PSOE und UP versprochen hatte, das sogenannte Maulkorbgesetz zu ändern, ist es nach über einem Jahr immer noch in Kraft. Auch die Kommunistische Partei (PCE), die Teil des Linksbündnisses ist, kritisierte, dass der Gerichtsbeschluss das Recht auf freie Meinungsäußerung ignoriere. »Unterdessen bleiben die Verbrechen des Franquismus ungesühnt.« Angesichts dessen sei eine Demokratisierung des Justizwesens dringend notwendig, so die PCE weiter. Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisierte den Gerichtsbeschluss und forderte die Streichung des Strafrechtsparagrafen zur »Verteidigung des Terrorismus«.

Für Propagandisten des Faschismus herrscht in Spanien hingegen Narrenfreiheit – die Verherrlichung des Franquismus sowie der während der Diktatur begangenen Verbrechen stellt keinen Straftatbestand dar. Zuletzt hatten mehrere ehemalige Generäle der Armee die Erschießung von 26 Millionen Spaniern gefordert – erst nach einer Welle von Protesten nahm die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf. Auch der Ruf nach einem Putsch zieht in dem Land keine Konsequenzen nach sich. Im April des vergangenen Jahres forderte der Kommunikationsverantwortliche der ultrarechten Partei Vox für La Rioja, Raúl Marín, einen Putsch gegen die Regierung. »Ist es denn so schwierig, dass seine Exzellenz König Felipe VI mit einer Gruppe von Experten die Macht übernimmt?« so Marín.

Aus: [Ausgabe vom 02.02.2021](#), Seite 6 / Ausland

REPRESSION IM SPANISCHEN STAAT